

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II
 Fernsprecher: Königsplatz 1076 — Postfachkonto Berlin 5386
 Die Zeitung erscheint jeden Freitag
 Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgepaltene Kleinzeile 15 Mark
 Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin D 27,
 Magasinstraße 6/7 II, zu richten. — Bezug nur durch die Post.
 Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

An unsere Mitglieder!

Die Verhandlungen im Rheinland über die Dauer der Arbeitswoche sind mit Erfolg beendet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich auf neue Bestimmungen im Manteltarif, die Arbeitszeit betreffend, geeinigt.

Die 46 stündige Arbeitswoche bleibt im rechtsrheinischen Textilgebiet bestehen.

Der Vorstand hat darauf folgenden Beschluß gefaßt:

Die Erhebung von Doppelbeiträgen wird mit Ablauf der Woche vom 16. zum 22. Juli eingestellt. Die eingegangenen Beträge sind zu einem besonderen Kampffonds für Erhaltung der 46-Stunden-Arbeitswoche in Reserve zu stellen. Aus den regulären Verbandseinnahmen der künftigen Zeit werden regelmäßig größere Beträge diesem Fonds zugeführt. Der Fonds darf nur für einen eventuell sich notwendig machenden Kampf um die 46-Stunden-Arbeitswoche angegriffen werden. Ueber den Kampffonds ist nur der Generalversammlung des Verbandes Rechenschaft abzulegen. Es sind fünf Doppelbeiträge geleistet worden. Diejenigen Mitglieder, welche diese fünf Doppelbeiträge noch nicht zahlten, haben dies umgehend nachzuholen. Mitgliedern, welche mit der Entrichtung der fünf Doppelbeiträge in Rückstand bleiben, ist im Unterstützungsfall (Krankenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Streikunterstützung usw.) der im Rückstand befindliche Betrag restlos in Abzug zu bringen. Weitere Beschlüsse behält sich der Vorstand vor.

Der Vorstand dankt allen Funktionären, welche in diesen arbeitsreichen Wochen unter verständiger Würdigung der Situation unablässig und treu in Fabrik und Werkstatt, in Haus und Familie ihre Pflicht erfüllten. Dieser treuen Pflichterfüllung verdankt der Verband die Durchführung der so wichtigen Verbandsbeschlüsse der letzten Zeit.

Diese arbeitsreichen Wochen haben bewiesen, daß die Textilarbeiterschaft in unerschüttertem Vertrauen zu ihrer Leitung zu höchsten Leistungen befähigt ist. Wer in diesen letzten Wochen infolge Kurzsichtigkeit oder unfruchtbarer Pessimismus oder aus kleinlicher Mörgelsucht versagte, der lerne aus dieser Entwicklung. Ein neuer Abschnitt der Verbandsgeschichte hebt an.

Der Inhalt des abgeschlossenen Manteltarifs ist kurz folgender:

Die 46 stündige Arbeitswoche bleibt für das rechtsrheinische Gebiet bestehen. Ueberstunden werden nur geleistet, wenn für den einzelnen Betrieb eine wirtschaftliche und technische Notwendigkeit vorliegt, wenn die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter sich mit der Betriebsleitung verständigt und der Leistung von Ueberstunden zustimmt. Kommt eine Verständigung zwischen Betriebsvertretung der Arbeiter und der Betriebsleitung nicht zustande, dann entscheidet endgültig der paritätisch zusammengesetzte Vorstand der Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft.

Des weiteren wurde folgendes vereinbart:

Wenn eine zentrale Regelung der Dauer der Arbeitszeit pro Woche für die Textilindustrie über das ganze Reichsgebiet zustande kommt, dann wird diese zentrale Regelung auch wirksam für das rechtsrheinische Gebiet. Unter zentraler Regelung — so wurde ausdrücklich festgelegt — ist zu verstehen entweder ein Schiedspruch des Arbeitsministeriums, welcher von den beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ausdrücklich und formal anerkannt ist, oder wenn in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Textilindustrie eine von den beteiligten Organisationen anerkannte Vereinbarung zustande kommt. Die Kollegen werden ohne weiteres erkennen, daß eine solche zentrale Regelung nach diesen Bestimmungen des Manteltarifs nur mit unserer ausdrücklichen Zustimmung möglich ist.

Der Manteltarif läuft bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Er läuft bis zum 31. März 1923, wenn er nicht zum 31. Dezember d. J. von einer Seite gekündigt wird. Wir haben die feste Ueberzeugung erlangt und es ist nach dem Verlauf der Verhandlungen mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vertrag mindestens bis zum 31. März 1923 Geltung haben wird, wenn beide Parteien die Ueberstundenbestimmungen loyal durchführen.

Den Textilarbeitern im rechtsrheinischen Textilgebiet ist demnach die 46-Stunden-Woche bis ins nächste Jahr hinein gesichert. Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern! Wir erwarten, daß ihr in starker Disziplin das Abkommen durchführt.

Zum Zwecke der Kontrolle der Durchführung der Ueberstundenbestimmungen werden vom Vorstand besondere Einrichtungen getroffen. Jeder Einzelfall muß registriert werden und manches andere wird noch geschehen müssen.

Die gleiche Pflicht loyaler Durchführung haben die Unternehmer. Es wäre nicht loyale Durchführung, wenn Unternehmer ohne zwingende wirtschaftliche oder technische, im einzelnen Unternehmen begründete Notwendigkeit Ueberstunden verlangen würden.

Es wäre nicht loyale Durchführung, wenn Unternehmer, wie es der Herrenstandpunkt der münsterländischen Industriellen für zulässig betrachtet, Ueberstunden ansagen und wieder absagen, weil eine außerhalb des Betriebes liegende Stelle die Ansagung und die Absagung gefordert hat. Die vorliegende im Bedürfnis des Einzelbetriebes begründete Notwendigkeit muß nachgewiesen werden. Ueberstunden können nur die Ausnahme, nicht die Regel sein. Ihre Zahl wird unter allen Umständen begrenzt durch die gesetzlichen Bestimmungen.

Es wäre nicht loyale Durchführung, wenn die Betriebsräte grundsätzlich Ueberstunden ablehnten. Für die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes darf es grundsätzliche Ablehnung von Ueberstunden nicht geben. Die Zweckmäßigkeit entscheidet. Die Nachweise der Unternehmer bezüglich des Bedürfnisses sind streng unvoreingenommen zu prüfen. Entsprechend dem Resultat der Prüfung hat die Betriebsvertretung der Arbeiter loyal zu entscheiden.

Kollegen und Kolleginnen! Der Verband hat einen Verhandlungserfolg im Rheinland errungen.

Aber noch ist die Gefahr nicht beseitigt!

Die Scharfmacher der Industriellen in manchem anderen Bezirk brennen darauf, geschoben vom Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie und vom Reichsverband der Deutschen Industrie, den Textilarbeitern durch einen frivolen verwüstenden Kampf die 48stündige Arbeitswoche aufzuzwingen und damit den achtstündigen Arbeitstag und den freien Sonnabend-Nachmittag zu beseitigen.

Deshalb: Bleibt nach wie vor kampfbereit! Steht unerschütterlich und fest zu Eurer Leitung! Vermeidet wilde Streiks! Stärkt und unterstützt in alter Treue den Verband!

Der Vorstand.

Inhalt: (Hauptblatt): An unsere Mitglieder! — Frauennot. — Unterer armer Unternehmer. — Klassenkampf oder „Volksgemeinschaft“? (I). — Brief aus Brasilien. — Was wollen die Syndikalisten? — Das Existenzminimum im Juni 1922. — Bepfehlung der Angestellten und Arbeiter. — Gegen die Zotenreißerei! — Aus den Gewerkschaften. — Soziale Wandlung. — Genossenschaftliches. — Berichte aus Frankreich. — Unser täglich Brot (Gedicht). — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsbeilage: Zur Geschichte der Seide (VII).

Frauennot.

Die gegenwärtigen schweren Zeiten haben mancherlei Not hervorgerufen. Wohl sind die Löhne in den letzten Monaten um ein Bedeutendes gestiegen, aber dem Wettlauf mit der Steigerung der Lebensmittelpreise haben sie nie standhalten können. Die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie sinkt immer tiefer, der allernotwendigste Lebensbedarf ist kaum zu erschwingen. Und schon mehren sich die Anzeichen dafür, daß Familien mit nur einem Verdienner und größerer Kinderzahl der Geißel der Unterernährung wieder ausgeliefert sind.

Die Frauen leiden unter dieser Not ungeheuer. Sie wollen und sollen die Lebenshaltung der Familie so gestalten, daß die verdienenden Glieder derselben sich arbeits- und leistungsfähig erhalten, um zu erwerben, was gebraucht wird. Die Ernährung der Kinder soll so sein, daß sie sich körperlich und geistig zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft entwickeln können. An der Unmöglichkeit, diese Aufgaben zu lösen, zermürben sich jetzt die Frauen. Sie sehen, daß es selbst unter Zuhilfenahme ihres Arbeitsverdienstes nicht möglich ist, die Familie so zu erhalten, wie es sein muß. Denn es fehlt auch nahezu überall an Bekleidungs- und Wäschegegenständen, an Hausrat usw. Und da das Essen allem andern vorgeht, ist die weitere allgemeine Verarmung breiter Volksmassen die Folge. Wenn der Dollar steigt, sinkt die Mark, die gegenwärtig im Ausland nicht mehr einen Pfennig des Vorkriegswertes hat. Darin liegt auch die ungeheure, sprunghafte Steigerung der Lebensmittel, die wir zum weitaus größten Teile aus dem Ausland kaufen müssen, und die wir nun nicht mehr werden kaufen können.

Diese Not wird noch eine weitere Steigerung erfahren dadurch, daß das Brot, der Kern unserer gesamten Volksernährung, von Mitte August an eine weitere Preiserhöhung erfahren soll. Die volksfeindlichen Agrarier, die doch im Reichstage auch verantwortliche Vertreter des Volkes sind, scheuen sich den Teufel um die Not des Volkes. Sie wollen ihr Brotgetreide im freien Handel verkaufen, um sich nur ja keine Beschränkung im Geldnehmen auferlegen zu lassen. Denn sie bekämpfen das Bestreben der Regierung und der Arbeiterparteien, einen höheren Betrag als im vorigen Jahre (4 1/2 Millionen Tonnen statt 2 1/2 Millionen) zu einem bestimmten Preise abzuliefern, auf das festgelegt. Und doch würde bei dem jetzigen Weltmarkt der Preis eines Vierpfundbrottes sich bei freier Wirtschaft schon auf 40—45 Mark stellen. Wie hoch er noch klettern könnte, hat ja der freie Handel mit Kartoffeln bewiesen, die auf dem Tisch der Arbeiter zum Lederbissen geworden sind. Die Verhandlungen haben sich nun so gestaltet, daß die Getreidemenge von 2 1/2 Millionen Tonnen im Wege des Umlageverfahrens für die Volksernährung sichergestellt ist. Dennoch wird der Preis des Brotes auf mindestens 25 Mark zu stehen kommen, ein Preis, der für marktfreies Brot jetzt in einigen Städten, besonders solchen, die für Sommerurlaub in Frage kommen, schon erhoben wird.

Die Not des Volkes steigt also weiter. Die Behandlung der Sicherstellung des Brotgetreides zeigt den in Not bald erstickenden Arbeiterfrauen, daß sie auch der Politik ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, die darauf eingestellt ist, die Arbeiterklasse zu vernichten. Die ganze Brutalität dieser Kreise zeigt sich auch darin, daß unter dem Druck des Hungers versucht werden soll, die 46-Stunden-Woche für die Textilindustrie zu beseitigen und allgemein den achtstündigen Arbeitstag überhaupt aufzuheben. Man will also die Ernährung noch weiter verschlechtern durch Verteuerung, obwohl der Lohn schon jetzt nicht zur Anschaffung der Lebensmittel ausreicht. Und man will den schwer erkämpften Achtfundtag beseitigen, obwohl der Körper jetzt schon nicht die nötige Kräftezufuhr hat, die er bei angestrengter Arbeit haben müßte.

Durch Hunger soll die Arbeiterklasse rechtlos gemacht und niedergezwungen werden. Daß die Ausbeuter des Volkes vor keiner Brutalität zurückschrecken, beweisen die feigen Mordanschläge der letzten Zeit. Sie rafften die Personen hinweg, die das Volk aus seiner Not herausführen wollten, zu denen das Volk Vertrauen hatte. Die Regierung hat Gesetze zum Schutz der Republik geschaffen, welche die feige Mörderklique unschädlich machen sollen. In machtvollen, noch nie dagewesenen Demonstrationen sind die arbeitenden Männer und Frauen aller Orte hinter die Regierung getreten, um sie zu stützen. Vor der Wucht dieses gewaltigen Aufmarsches wagte sich das

Mordgesindel nicht hervor. Diese Aktionen müssen aber ihre Unterstützung finden durch den Willen der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Organisation kampffähig zu halten. Noch sind die Verhandlungen über die Arbeitszeit in der Textilindustrie nicht abgeschlossen. Noch wissen wir nicht, wie sie ausgehen. Nur das wissen wir: daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Not der Frauen um ein Bedeutendes steigern würde, daß ihre Arbeitskraft bei zunehmender Entkräftung durch die Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter untergraben würde. Dagegen müssen wir uns wehren.

Die Kolleginnen müssen sich darüber klar sein, daß in der Verteidigung des Ertrugens alle, aber auch alle, zusammenstehen müssen. Nicht nur dann, wenn der Kampf ausgebrochen ist und ausgefochten werden soll. Nein auch dann, wenn es heißt, die Mittel für einen kommenden Kampf aufzubringen, einen Kampfschatz zu schaffen. Es darf keine Arbeiterin geben, die nicht gern und freudig den Extrabeitrag zur Anflammerung eines Kampfschatzes zahlt. Es darf auch keine Kollegin geben, die weniger als einen Stundenlohn als Wochenbeitrag der Organisation zuzuführt. Diese Pflicht muß jede, aber auch jede Arbeiterin als ihre heiligste betrachten. Denn nur durch die Organisation ist sie zu den jeweils geltenden Tariflöhnen gekommen. Nur durch sie wird sie auch in Zukunft entsprechend der Steigerung der Lebensmittelpreise zu Löhnen kommen können, die sie in der Not nicht ganz erstickend lassen. Jede Kollegin sollte sich immer gegenwärtig halten, daß neben den materiellen (Lohn-) Forderungen die Gewerkschaft auch die Aufgabe hat, Forderungen auf sozialem Gebiet für die Arbeiterklasse unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinnen zu erkämpfen und durchzusetzen. Dazu gehört Geld, und wer Geld hat, hat auch die Macht. Die Gewerkschaftsbewegung erfordert ein starkes Fundament. Dieses kann nur durch finanzielle Pflichterfüllung und geschlossenen Zusammenhalt aller Mitglieder erhalten bleiben. Es muß Aufgabe aller arbeitenden Frauen und Mädchen sein, die unter der Not der Zeit am schwersten leiden, weil sie auch für ihre Angehörigen mit leiden, sich selbst und die Organisation stark zu machen für die Erfüllung der Aufgaben der nächsten Zeit, die zum Ziel haben, die steigende Not, soweit es möglich ist, zu bannen.

Martha Hoppe.

Unsere armen Unternehmer.

Unseren Unternehmern ist der entschiedene Widerstand, den wir ihren Bestrebungen, uns die 46-Stunden-Woche zu rauben, entgegenzusetzen, ein Dorn im Auge, und sie machen die verzweifeltsten Anstrengungen, unsere für die Notwendigkeit der Beibehaltung der 46-Stunden-Woche angeführten Gründe zu entkräften.

So schrieb ein Arbeitgeber der „Gummersbacher Zeitung“, unser an Stelle des „Textilarbeiter“ verbreitetes „Mitteilungsblatt“ enthalte eine Fülle von Unwahrheiten und hegeischer Verleumdungen, gegen die öffentlich Stellung genommen werden müsse. Und das geschah denn auch tatsächlich in Nr. 165 des genannten Blattes.

Worin bestehen aber angeblich unsere Unwahrheiten und Verleumdungen? In weiter nichts, als daß wir behauptet haben, die Unternehmer verdienen trotz der 46stündigen Arbeitswoche noch so viel, daß sie immer reicher würden, die Arbeiter aber immer ärmer.

Das letztere wird nicht bestritten, wohl aber das erstere. Unter diesen Umständen wird uns die Entgegnung sehr leicht gemacht; wir brauchen nur auf unsere Beilage zu dieser Nummer zu verweisen, besonders auf die darin abgedruckten Rechnungsabschlüsse der Aktiengesellschaften, aus denen nicht hervorgeht, daß die Unternehmungen von der Substanz zehren, wie jener Unternehmer behauptet, sondern diese erheblich vermehren, auch wenn man die Selbstentwertung in Betracht zieht. Und aus dem Oberbergischen Lande, wo das genannte Blatt erscheint und der Einfender seinen Wirkungsbereich haben dürfte, wird uns geschrieben, daß es wohl keine Gegend gebe, wo die Textilarbeiter so viel verdienen haben, wie gerade dort. In den meisten Betrieben werde seit einem Jahrzehnt in zwei Schichten gearbeitet, teilweise sogar in drei, und durch ihre Turbinenanlagen erhöhten sie ihre Gewinne noch mehr als es sonst schon geschah.

Doch die Widerlegung unserer Behauptungen ist auch gar nicht Zweck der Einwendung; ihr Zweck ist offenbar, für die 48-Stunden-Woche in der Textilindustrie Stimmung zu machen. Denn es wird zwar bestritten, daß die Textilunternehmer die 48-Stunden-Woche mit Terror durchzusetzen versuchen (ein Bekenntnis, von dem wir gern Notiz nehmen), aber als richtig bestätigt, daß sie nicht einzusehen vermögen, weshalb in ihren Betrieben eine kürzere Arbeitszeit gelten soll als in den meisten anderen Erwerbszweigen, „in denen die weiblichen Arbeitnehmer ebenfalls die 48stündige Arbeitszeit haben, ohne daß an ihre körperliche Leistungsfähigkeit geringere Anforderungen gestellt werden als in der Textilindustrie.“

Der ganze oder teilweise freie Sonnabendnachmittag, dessen die Textilarbeiterin sich schon vereinzelt vor dem Kriege erfreute, der auch für die Textilindustrie schon seit Jahrzehnten in England besteht, soll also wieder aufgegeben werden. Darauf werden die Textilarbeiterinnen nie und nimmer eingehen, vielmehr danach streben, daß er in anderen Industrien mit starker weiblicher Arbeiterkraft auch eingeführt werde.

Dem Einwand, daß die Produktion erhöht werden müsse und dies nur möglich sei durch die Verlängerung der Arbeitszeit, halten sie den Einwand entgegen, daß die Produktion durch technische Verbesserungen mancherlei Art in der Textilindustrie sehr leicht gesteigert werden könnte, wenn die Unternehmer darauf einen Teil ihrer Riesengewinne verwenden wollten.

Daß sie das bisher noch nicht nötig hatten, das beweist auch, daß ihre Gewinne, trotz der angeblich unzulänglichen Arbeitszeit, beträchtlich sind. Erst wenn ihnen diese Gewinne infolge einer besseren deutschen Valuta erheblich verringert werden, werden sie sich zur Hebung der Produktion durch technische Mittel entschließen. Bis es dazu kommt, wird aber die deutsche Textilindustrie durch Berringerung ihres Warenabfahes manchen Verlust erleiden, der nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter treffen wird. Deshalb leisten die letzteren sich und der ganzen Textilindustrie, im weiteren Sinne auch dem Reiche, einen großen Dienst durch ihren

Widerstand gegen die Einführung der 48-Stunden-Woche, oder gar noch einer längeren Arbeitszeit,

denn dieser Widerstand wird dazu führen, daß die Unternehmer, wollen sie durch Hebung der Produktion ihre Gewinne erhöhen,

technische Verbesserungen zwecks Hebung der Produktion schon vor dem Zeitpunkt einführen müssen, wo sie durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse dazu und zu rationellerer Betriebsweise gezwungen würden.

Die 46-Stunden-Woche ist also nicht nur im Sinne höheren Lebensstandes, gesteigerten Lebensgenusses für die Arbeiterklasse kulturfördernd, sondern auch im Sinne der Hebung der Produktion durch technische Mittel.

Von dieser Einsicht werden „die besonnenen Elemente in der Arbeiterbewegung“, an die sich der Einfender wendet, geleitet, und sie werden sich durch kein Klagen und Jammern von Unternehmenseite über die „Not“ der Unternehmer davon abbringen lassen. Selbst wenn sie an diese Not glaubten, glauben könnten und bereit wären, dem armen Unternehmertum helfend beizuhelfen, müßten sie an der

46-Stunden-Woche unverbrüchlich festhalten, um das Unternehmertum zu zwingen, längst fällige

technische Verbesserungen durchzuführen und so zu ihrem Teil zur Hebung der Produktion beizutragen.

Geringer Lohn und lange Arbeitszeit hemmen den technischen Fortschritt und wirken so kulturhemmend, hoher Lohn und kurze Arbeitszeit fördern ihn und die gesamte Kultur.

Klassenkampf oder „Volksgemeinschaft“?

In den Anfängen der kapitalistischen Produktion fühlte sich der arbeitende Proletarier noch als Armer; in dem Kapitalisten, der ihn ausbeutete, sah er seinen Wohltäter, den Brotgeber, den Arbeitgeber, der ihm Arbeit und damit auch Brot gab. Dieses „patriarchalische“ Verhältnis war und ist natürlich der kapitalistischen Klasse heute noch das Ziel ihrer Wünsche. Die Kapitalisten fordern heute noch von ihren Arbeitern für den Lohn, den sie ihnen zahlen, nicht bloß die ausbeudende Arbeitsleistung, sondern auch noch Unterwürfigkeit und Dankbarkeit. Aber die kapitalistische Produktion kann nirgends lange leben, ohne daß die schönen patriarchalischen Zustände ihrer Anfänge zum Teufel gehen. So verdreht und verstaubt auch die Arbeiter gewesen sein mögen, früher oder später merken sie doch, daß sie die Brotgeber des Kapitalisten sind, und daß es nicht umgekehrt ist. Während sie arm bleiben oder womöglich noch ärmer werden, wird der Kapitalist immer reicher. Und wenn sie den Fabrikanten, diesen angeblichen Patriarchen, um mehr Brot bitten, gibt er ihnen Steine. Der Arbeiter haßt bloß zunächst denjenigen Kapitalisten, mit dem er es gerade zu tun hatte, aber er erkannte bald, daß sie alle im großen und ganzen in derselben Weise gegen ihn verfahren, und sein anfänglicher persönlicher Haß entwickelt sich zur bewußten Gegnerschaft gegen die ganze Kapitalistenklasse.

Eines der frühesten Kennzeichen des arbeitenden Proletariats ist diese Gegnerschaft gegen das Ausbeutertum. Reineswegs ist der Klassenhaß ein Ergebnis der sozialistischen Propaganda; er machte sich schon lange vor ihrem Wirken in der Arbeiterklasse bemerkbar. Anfänglich äußerte sich dieser Haß nur schüchtern und nur vereinzelt. Das Bewußtsein der eigenen Kraft und der Geist des Widerstandes entwickelte sich im damaligen Proletariat erst dann, als es zum Bewußtsein der Interessengemeinschaft, der Solidarität gelangte, die unter seinen Mitgliedern herrschte. Die Arbeitsbedingungen der kapitalistischen Produktion wiesen die Proletarier von selbst auf die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltens, der Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit. Während im Handwerk in seiner klassischen Form jeder einzelne für sich allein ein Ganzes schuf, beruht die kapitalistische Industrie auf dem Zusammenarbeiten, der Kooperation. Der einzelne Arbeiter vermag da nichts ohne seine Genossen. Greifen sie vereint und planmäßig die Arbeit an, dann verdoppelt und verdreifacht sich die Widerstandsfähigkeit jedes einzelnen von ihnen. So bringt ihnen die Arbeit die Macht der Vereinigung zum Bewußtsein, so entwickelt die Arbeit in ihnen eine freiwillige, freudige Disziplin, welche die Vorbedingung ist zu einer genossenschaftlichen Produktion, welche aber auch eine Vorbedingung jedes erfolgreichen Kampfes des Proletariats gegen die Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion ist. Die Erhebung des Proletariats

Zur Geschichte der Seide.

Von Th. Wolff-Friedenau.

VII. (Nachdruck verboten.)

Von Sizilien aus wurden Seidenzucht und Seidengewebe nach Italien übertragen, wo sie zu noch größerer Blüte als in den vorgenannten Ländern gelangten und in der Folge dann von stärkster Einwirkung für die Entwicklung der Seidenindustrie in allen übrigen europäischen Ländern wurden. Florenz und Venedig erhielten zu gleicher Zeit, im Jahre 1204, die Seidenindustrie, dann folgten auch Genua, Neapel, Amalfi, Bologna, Modena, vor allem aber Lucca, das zunächst der Hauptsitz der italienischen Seidenindustrie wurde und für die Geschichte der europäischen Seidenkunst von besonderer Bedeutung zu werden bestimmt war. Nach Frankreich und Deutschland und selbst nach dem fernen England gelangten die Seidenstoffe aus Lucca, überall den Ruhm seiner Seidenkunst verbreitend. Als die Stadt jedoch im Jahre 1314 in einen Krieg mit Pisa geriet und erobert und ihrer Freiheit beraubt wurde, wanderten Tausende der luccanischen Seidenweber teils nach anderen Städten Italiens, teils nach anderen Ländern, besonders nach Deutschland, Frankreich und selbst England aus, wo sie überall willkommen geheißen wurden und den dort bereits bestehenden Seidenindustrien neue fruchtbare Anregungen gaben, durch welche diese in ihrer künstlerischen und industriellen Entwicklung ganz bedeutend gefördert wurden. Hierdurch ist die Auswanderung der luccanischen Seidenweber eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der europäischen Seidenindustrie geworden.

Nach dem Fall Luccas gelangte Venedig zur Bedeutung der größten und berühmtesten Seidenstadt Italiens. Dort war schon im Jahre 1204 die Seidenindustrie eingeführt worden, die jedoch erst zu ihrer eigentlichen Blüte gelangte, als der Doge Dandolo, der Konstantinopel, die Hauptstadt des oströmischen Reiches erobert hatte, von dort zahlreiche griechische Seidenhandwerker nach Venedig brachte und des weiteren auch aus den Peloponnes, der Mutter-



Abb. 5. Italienischer Seidendamast a. d. 17. Jahrhundert.

stätte der europäischen Maulbeerzucht, eine ständige Einfuhr von Rohmaterial für die venezianische Seidenzucht in die Wege leitete. Als sich dann noch flüchtige luccanische Seidenweber in Venedig ansiedelten, erhielt die dort bestehende Seidenindustrie ein weiteres befruchtendes Element. Unter dem Einfluß der Luccaner wurde die venezianische Seidenindustrie, die bis dahin fast nur als Hausindustrie betrieben wurde, zünftigemäßig organisiert. Die Manufakturen kamen unter staatliche Aufsicht, die alle gefertigten Seidenzeugnisse auf ihre Güte zu prüfen und mit dem amtlichen Siegel zu versehen hatte. Die venezianische Seidenweberkunst wird zum erstenmal im Jahre 1256 erwähnt. Dort waren genaue Vorschriften über die Anfertigung und Qualität der Seidenzeuge gegeben. Für jede Art Seidengewebe war die Breite, die Zahl der Fäden im ganzen und die Zahl derselben pro Zahn des Webesammes vorgeschrieben, also die Dichte des Stoffes bestimmt. Auch die Länge der Stoffe war vorgeschrieben. Verboten war es, Baumwolle in Seidengewebe hineinzunehmen, und auch für die Ausführung der Webekanäle bestanden bestimmte Vorschriften. Gewebe, die Verfälschung oder Betrugsabsichten erkennen ließen, wurden zum Schaden der Verfälscher zerschritten. Diese strengen Vorschriften, durch welche die Stadt den Ruf der Güte ihrer Erzeugnisse zu wahren suchte, mußten infolge der Konkurrenz der anderen beiden Städte jedoch wesentlich gemildert werden und wurden schließlich ganz aufgehoben. In den Justizstatuten werden acht verschiedene Arten von Geweben aus Seide oder Seide und Gold genannt, als deren Abnehmer vornehmlich der Adel und die hohe Geistlichkeit bezeichnet werden. Im Laufe der Zeit bemächtigte sich Venedig fast des gesamten Handels mit Seide und Seidenstoffen zwischen Morgen- und Abendlande und behauptete diese Bedeutung bis über den Beginn des 16. Jahrhunderts hinaus. Florenz dagegen suchte besonders den Seidenbau zu heben und sich dadurch von der Einfuhr orientalischer Seide frei zu machen, die hier noch bis in das 15. Jahrhundert hinein das heimische Erzeugnis überwoog. Es wurde Abgabefreiheit für Maulbeerblätter und Seidenraupen gewährt, und durch eine Verordnung aus dem Jahre 1440 wurde den Bauern anbefohlen, jährlich 5 Maulbeerbäume zu pflanzen.

aus seiner Erniedrigung ist und war ein unvermeidlicher, naturnotwendiger Prozeß. Die Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise geben dahin, die arbeitende Bevölkerung immer mehr herabzudrücken. Die moralische Wiedergeburt des Proletariats war nur möglich im ständigen Widerstreit gegen diese Tendenzen und ihre Träger, die Kapitalisten.

Solange nun diese Tendenzen in einer Proletariatschicht einmal so weit wirksam gewesen sind, daß sie in ihr das Bewußtsein geweckt haben, das Klassenbewußtsein der Solidarität aller ihrer Mitglieder untereinander und mit der gesamten Arbeiterklasse, das Bewußtsein der Kraft, die aus dem festen Zusammenhalt entspringt — sobald sich in dieser Proletariatschicht das Bewußtsein ihrer ökonomischen Unentbehrlichkeit und die Selbstachtung groß zog, sobald sich einmal in ihr die Ueberzeugung wachrief, daß die Arbeiterklasse einer besseren Zukunft entgegengeht: sobald eine Proletariatschicht einmal so weit sich erhoben, dann hält es unendlich schwer, sie wieder in die stumpfe Masse jener verkommenen Existenzen, des Lumpenproletariats, hinabzustoßen, die wohl hassen, aber nicht zu ausdauerndem Kampfe sich zusammenhalten können, die aus ihren Seiden nicht den Drang zu trotziger Empörung, sondern zu furchtsamer Unterwerfung schöpfen. Es ist fast unmöglich, das Klassenbewußtsein in einer Proletariatschicht wieder auszurotten, nachdem es sich einmal in ihr festgewurzelt hat.

Wie das Proletariat seine ursprünglichsten Widerstandsorganisationen denen der Handwerksgehilfen nachbildete, so fand auch seine ursprünglichen Kampfsmittel überall dort, wo es in geschlossenen Massen auftritt, dieselben, welche die Handwerksgehilfen anwendeten: der Boykott, namentlich der Streik. Das Proletariat konnte jedoch bei diesen Kampfsmitteln nicht stehenbleiben. Je mehr die einzelnen Schichten, aus denen es besteht, zu einer eigentlichen Arbeiterklasse sich zusammenschließen, desto mehr müssen seine Kämpfe einen politischen Charakter annehmen, denn, wie bereits das kommunistische Manifest sagt: jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Mehr als je wird der Satz anerkannt, daß die Geschichte aller bisherigen (zivilisierten) Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen sei, und nie lag es deutlicher zutage als jetzt, daß die große Triebkraft unserer Zeit der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist.

Während das Proletariat an Ausdehnung, an moralischer und politischer Kraft und an ökonomischer Unentbehrlichkeit immer mehr zunimmt, während der Klassenkampf es zur Solidarität und Disziplin erzieht und seinen Gesichtskreis erweitert, während seine Organisationen an Umfang und Geschlossenheit stetig wachsen, während es im Gebiete der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr die wichtigste und schließlich die einzige arbeitende Klasse wird, von deren Tätigkeit die ganze Gesellschaft abhängig ist, schmelzen die dem Proletariat feindlichen Klassen an Zahl immer mehr zusammen, verlieren sie zusehends an moralischer und politischer Kraft und werden sie nicht nur überflüssig, sondern zum Teil geradezu hinderlich für den Fortgang der Produktion, die unter ihrer Leitung in immer heftigerer Verwirrung gerät, immer unerträglichere Zustände heraufbeschwört. Angesichts dessen ist es nicht zweifelhaft, auf welche Seite sich der Sieg schließlich neigen wird. Es bedurfte des ganzen ökonomischen und historischen Wissens und der ganzen Denkkraft eines Marx und Engels, um im Klassenkampf des Proletariats die stärkste Triebkraft in der sozialen Entwicklung der kommenden Jahrzehnte zu entdecken, damals, wo die Nachfolger der großen Utopisten das Proletariat noch als hilflose Masse betrachteten, der nur von den oberen Klassen Hilfe kommen könnte.

Der Klassenkampf des Proletariats hat zum notwendigen Ziele die sozialistische Produktion; er kann nicht eher enden, als bis sie erreicht ist. So gewiß als das Proletariat schließlich zur herrschenden Klasse im Staate werden muß, ebenso gewiß ist der Sieg des Sozialismus. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie erbittert natürlich die letztere gegen die auftretenden Proletarier. Diese verwandeln sich in den Augen des Bürgertums aus bedauernswerten Unglücklichen, denen geholfen werden müßte, in verworfenes Gesindel, das niederzuschlagen und niederzuhalten ist.

Erst die sozialistische Produktion kann dem Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen der Arbeiter und den Mitteln, sie zu befriedigen, ein Ende machen, indem sie die Ausbeutung aufhebt; sie befreit damit jenen mächtigen Anreiz zur Unzufriedenheit des Arbeiters mit seinem Lohne, den heute das Beispiel des Luxus der Ausbeuter erzeugt. Ist dieser Anreiz aus dem Wege geräumt, dann ergibt sich von selbst die Beschränkung der Ansprüche der Arbeiter auf das mit den vorhandenen Mitteln zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse vereinbarte Maß.

Ein gelegentliches Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie braucht deshalb, nur zu dem Zwecke, um unser Ziel zu erreichen, nicht ausgeschlossen zu sein, es kann eine Episode auf dem Wege des Klassenkampfes sein. Es kann Situationen geben, wo das Klasseninteresse des Proletariats das Zusammenarbeiten mit diesem oder jenem Teil der besitzenden Klassen nicht nur nicht ausschließt, sondern direkt fördert, und zwar in allen Fällen, wo ein Teil dieser Klassen im Kampf gegen den anderen Teil die wirklichen Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung vertritt. Welche Formen dieses „Zusammenarbeiten“ annehmen muß, um nicht mit den grundlegenden dauernden Interessen des Proletariats in Widerspruch zu geraten — die Form eines einfachen parallelen Kampfes unter Aufrechterhaltung der vollen politischen Unabhängigkeit oder die Form einer teilweisen Unterstützung, oder die Teilnahme an der Regierung —, diese Frage kann nicht von vornherein durch eine für alle Fälle gültige Formel gelöst werden; sie muß vielmehr unter dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit und anderer Faktoren entschieden werden.

Wir haben in diesen Ausführungen schon darauf hingewiesen, daß der Klassenkampf in den arbeitenden Menschen bereits lange vor dem Wirken der sozialistischen Propaganda in Erscheinung trat. Dieser ursprünglich primitive Klassenkampf steigerte sich durch die Erkenntnis der arbeitenden Massen bis zum modernen Klassenkampf, in welchem sie heute noch die Waffe erblicken, sich ihrer Widersacher zu erwehren und ihre Ziele zu erreichen. Die Arbeiterklasse hat sich nur durch Anwendung zähesten Klassenkampfes zu ihrer heutigen Höhe und Macht emporgehoben; nur durch Klassenkampf hat sie es durchgeseht, nicht mehr als Objekt, sondern als Subjekt der Gefühlsregung angesehen zu werden. Wie bei Tarifabschlüssen Berufsgenossen Vorteile einheimfen, die ihnen nicht gebühren, so haben auch Volksgenossen, die sich der Klassenkampfpartei bis heute noch nicht einreihen, Früchte geerntet, die die Klassenkampfpolitik des Proletariats zeitigte. Der Klassenkampf des Proletariats wird also nicht nur geführt im Interesse der Klassenkampfparteiangehörigen, sondern im Interesse des ganzen werktätigen Volkes.

Wie anders als mit dem Mittel des Klassenkampfes soll das Proletariat einer Klasse gegenüber, die alle ihre traditionellen Vorrechte, ihre Ausbeuterrechte mit Zähnen und Nägeln verteidigt, zu Liebe gehen? Will das Proletariat sich nicht mit den Brotsamen zufrieden geben, die ihm vom Tisch der Reichen in den Schoß fallen, will das Proletariat sich eine Anteilnahme an allen Gütern der modernen Zivilisation sichern, so wird es dieses Ziel nicht mit Bitten und Betteln bei den besitzenden Klassen erreichen, nicht durch eine „Volksgemeinschaft“, wie sie die christlichen Gewerkschaften auf ihr Banner schreiben. Die Arbeiterklasse kann nur durch eigene Kraft ihre Ansprüche geltend machen. „Die Befreiung der Arbeiterklasse aus Unterdrückung und Ausbeutung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Diese elementaren Tatsachen bilden das ABC eines modernen Proletariats.

Brief aus Brasilien.

In einem Briefe aus Rio de Janeiro, vom Deutschen Ausschuß für Einwandererfürsorge, wird gesagt: Es hat sich gezeigt, daß der Durchschnitt der in den letzten zwei Jahren nach Brasilien gekommenen deutschen Einwanderer nicht für Brasilien geeignet war. Insbesondere gilt dies für die etwa

4½ Tausend Personen, die auf Kosten der brasilianischen Regierung hierher befördert worden sind. Die meisten dieser Einwanderer beabsichtigten, in Brasilien landwirtschaftlich tätig zu sein und führten Pässe mit sich, in denen sie als „Landwirte“ bezeichnet waren. Es wurde wiederholt festgestellt, daß diese Angabe falsch war. Nicht wenige dieser deutschen Einwanderer waren aber auch körperlich für die sie hier erwartende Arbeit ungeeignet; es waren friegsbeschädigte oder sonst frange Leute darunter. Aber auch zahlreiche von den übrigen Einwanderern waren physisch und psychisch nicht so beschaffen, als daß man sie hätte ohne Bedenken von Deutschland hierher schaffen dürfen. Die Auswahl dieser Freifahrer in Deutschland ist offenbar nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgt.

Die meisten der Einwanderer hatten unklare, sehr oft phantastische, jedenfalls durchweg mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmende Vorstellungen von Brasilien. Offenbar ist bei den meisten der Auswanderungsdrang stärker gewesen als die Wirkung der in Deutschland erhaltenen Auskünfte, in denen ihnen die hiesigen Verhältnisse objektiv geschildert wurden. Es ist bedauerlich, daß man offenbar in Deutschland immer noch überschwänglichen Schilderungen von den hiesigen Verhältnissen und den Möglichkeiten, die Brasilien Einwanderern bietet, lieber Glauben schenkt als denen, die die Dinge so schildern, wie sie sind, und darauf hinweisen, daß vor allem in der Landwirtschaft einem Wohlstand, wie sich dessen etwa die alten Kolonien in Rio Grande do Sul oder Santa Catharina erfreuen, viele Jahre härtester Arbeit und zahlloser Entbehrungen vorangegangen sind. Mit den härtesten Mitteln sollte solcher gewissenloser Propaganda entgegen gewirkt werden.

Besondere unerfreuliche Erfahrungen haben die meisten deutschen Einwanderer gemacht, die auf Regierungskolonien (federal oder etadocle) gegangen sind. Die Hauptgründe dafür sollen hier im einzelnen nicht untersucht werden. Jedenfalls muß ausgesprochen werden, daß die Kolonisation durch die Bundesregierung im großen und ganzen bisher ein Fehlschlag gewesen ist, mögen auch manche Ansiedler zumal auf einigen einzelstaatlichen Kolonien es unter besonders günstigen Verhältnissen zu einem gewissen Wohlstand gebracht haben.

Ebenso hat die Erfahrung gezeigt, daß die Baulistener Kaffeefazenden in den letzten Jahren herübergekommenen deutschen Einwanderern nicht das geworden sind, als was sie auch von der amtlichen brasilianischen Propaganda in Deutschland ausgestellt worden sind, nämlich eine für die ersten ein bis zwei Jahre gute Arbeitsgelegenheit, die es gestattet, Erfahrungen zu sammeln und genügend Mittel für den Ankauf eines eigenen Kolonieloses zu erübrigen. Es muß die Tatsache festgestellt werden, daß fast alle der nach dem Kriege herübergekommenen deutschen Einwanderer, die auf eine Kaffeefazenda gegangen sind, und zwar sowohl schlechte als auch gute Elemente, die Fazenden wieder verlassen haben bzw. dringend wieder zu verlassen wünschen, wenn sie es nur ermöglichen könnten und nicht infolge ihrer Schulden der Unmöglichkeit anderweitigen besseren Unterommens oder ähnlicher Gründe dort zurückgehalten würden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß nach den hier vorliegenden Erfahrungen die deutsche Einwanderung nach Brasilien traurige Ergebnisse gezeigt hat. Die weitaus größte Mehrzahl der Einwanderer ist bitter enttäuscht, bedauert aufrichtig, wahrheitsgemäß, warnenden Schilderungen und Stimmen ihr Ohr verschlossen zu haben und verwünscht diejenigen, die ihm in der Heimat die hiesigen Verhältnisse allzu verlockend schilderten.

Einige tüchtige Handwerker sind — nach dem Scheitern der landwirtschaftlichen Siedlungspläne — zu ihren Berufen zurückgekehrt und finden ihr Auskommen; einzelne Kaufleute haben zufriedenerstellende Beschäftigung gefunden; ein Teil der kapitalkräftigen Einwanderer hat sich günstig ankaufen können und lebt zurzeit zufrieden; die große Mehrheit der kapitallosen aber vermehrt das Proletariat des Landes, lebt zum Teil im grössten Elend und möchte lieber heute als morgen nach Deutschland zurück.

Wir halten es angeht dieser Tatsachen für unsere Pflicht, zurzeit vor einer Auswanderung ungeeigneter Elemente, vor allem solcher, die sich hier landwirtschaftlich betätigen wollen, dringend zu warnen. Wer ohne ein Kapital von mindestens 2 bis 3 Contos de Reis — nach heutigem Kurs ungefähr 100 000 Mk. — hier landet, kann im allgemeinen nicht damit rechnen, auf eigener Scholle ein auskömmliches Dasein zu finden. Zugleich betonen wir erneut die bringende Notwendigkeit, der unverantwortlichen und gewissenlosen Propaganda, wie sie in Deutschland stellenweise für eine Auswanderung nach Brasilien noch heute getrieben wird, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzuwirken.

Was wollen die Syndikalisten?

In Nr. 27 veröffentlichten wir als Kuriosum einen syndikalistischen Aufruf, der in so unklarem Deutsch gehalten war, daß mancher Leser Mühe gehabt haben mag, aus ihm Flug zu werden. Neulich sprach ein Syndikalist in Krimmitschau. Wir erhielten über seine Darlegungen einen Bericht, den wir unseren Lesern auch nicht vorenthalten wollen, weil wir glauben, er werde sie ebenso belustigen wie der Aufruf in Nr. 27 sie belustigt haben dürfte. Der Redner erwartet eine Umstellung der Wirtschaftsform von dem Zeitpunkt, wo die Masse zur Verzweiflung getrieben werde. Daß man dann aber nicht mehr vom Umstellung, sondern nur noch von Umsturz mit seinen bekannten (siehe Rußland!) unheilvollen Folgen reden könnte, schien ihm nicht zum Bewußtsein zu kommen. Er verneint die Frage, ob man den Unternehmer noch mit einem Streik schädigt, verwirft, gleich den Kommunisten kleinere Lohn- und Berufsstreiks, weil sie der Arbeiterschaft nichts nützen, und empfiehlt politische Massenstreiks, Beseitigung der Führer, die wieder zum Weibstahl und Schraubstock zurück müßten, Austritt der Arbeitervertreter aus Gemeinde- und Stadtparlament (also freie Bahn für die Bürgerlichen) und propheszeit Beseitigung des Kapitalismus im Kampf auf den Barricaden (obwohl er selber, wie er sagte, nicht einmal eine Gans abschlagen könne), empfiehlt Austritt aus allen Parteien und Organisationen und Eintritt in die Arbeiter-Union oder in differenziertere Organisationen. Trotzdem fordert er aber zur Einigung auf. Meinte er vielleicht die Einigung zum und die Einigung im Indifferentismus? Es scheint so. Denn ein Beitritt, auch Massenbeitritte, zur Arbeiter-Union mit ihrem Mangel an Willen und Mitteln, wirtschaftliche Kämpfe zu führen, würde seinen Zweck verfehlen. Da kann man lieber gleich ganz beiseite bleiben und auf die Stunde warten, wo der Kapitalismus auf den Barricaden abgeschlachtet werden kann. Ob das so gelingen könnte, wie der Syndikalist es sich denkt, ist freilich sehr fraglich, wenn alle syndikalistisch Denkenden den Sozialismus herbeisehenden selbst vor einem Gänsemord zurückschrecken. Unter solchen Umständen ist es schon besser, der Gewerkschaft treu zu bleiben und mit ihr wirtschaftliche Kämpfe zu führen, wenn sie nötig sind, bis der kapitalistische Widerstand gegen den Sozialismus nicht nur durch die Macht der Arbeiter, sondern auch durch wirtschaftliche Notwendigkeiten gebrochen wird. . .

Das Existenzminimum im Juni 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

[Nachdruck verboten.]

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Juni um ein Fünftel höher als im Mai, etwa doppelt so hoch wie im Januar/Februar und annähernd viermal so hoch wie im Juni 1921 und 1920.

Kartoffeln und Milch kosteten 2½mal soviel wie vor einem Jahre, rationiertes Brot 3mal soviel, Margarine, Reis, Briketts 3½mal soviel, Haferflocken, Erbsen, Speck, Gas 4mal soviel, Speiseöhlen, Zucker 4½mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 33mal soviel wie vor acht Jahren, Gas 42mal soviel, Milch 43mal soviel, Margarine 47mal soviel, Brot im

freien Handel 55mal soviel, Briketts 56mal soviel, Reis 59mal soviel, Kartoffeln 63mal soviel, Zucker 78mal soviel, Speck 85mal soviel. Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 69 Mk., für eine Frau auf 139 Mk., für einen Mann auf 189 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Juni 1914 für ein Kind 1,50 Mk., für eine Frau 2,98 Mk., für einen Mann 3,84 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

Table with 4 columns: Quantity, Item, Price June 1922, Price June 1914. Includes items like 2000 Gramms Brot (rationiert), 250 Gramms Roggenmehl, 250 Gramms Graupen, 3000 Gramms Kartoffeln, 125 Gramms Margarine, 250 Gramms Marmelade, 125 Gramms Zucker, 1 Liter Milch, and various other food items.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 14 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 64,00 Mark (1,15 Mk.), für Beleuchtung 31,20 Mk. (0,75 Mk.)

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 150 Mk. (2,50 Mk.), Frau 100 Mk. (1,65 Mk.), Kind 50 Mk. (0,85 Mk.)

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehd, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 29 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table with 4 columns: Category, Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern. Categories include Ernährung, Bohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges, and monthly costs from Juni 1922 to August 1913/Juni 1914.

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vergleiche mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Juni 1922 für einen alleinstehenden Mann 97 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 148 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 199 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 30 250 Mk., für das kinderlose Ehepaar 46 300 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 62 350 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Juni 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 579 Mk., d. h. auf das 34,6fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 887 Mk., d. h. auf das 39,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 1195 Mk., d. h. auf das 41,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen ist die Mark jetzt etwa 2½ Pf. wert.

Bespitzelung der Angestellten und Arbeiter

Die Deutsche Pinkerton-Gesellschaft läßt wieder von sich hören, wie nachfolgendes Schreiben von ihr an eine Textilfirma in Pilsnitz in Sachen beweist:

Privatim! Großtes Detektivunternehmen Abt. G. E. Berlin W. 9, 30. Juni 1922. Schellingstr. 2.

Sehr geehrter Herr! Sie erleiden Verluste, die durch unser Kontrollsystem leicht zu vermeiden sind. Wir sind bereit, Ihnen zu helfen, unklare Elemente zu entfernen, falls solche unter Ihrem Personal vorhanden sind. Zu diesem Zwecke stellen wir Ihnen einen Beamten (Herrn oder Dame) als Bureauangestellten, Arbeiter oder sonst in einer Eigenschaft zur Verfügung. Dieser arbeitet nach unserer Anweisung als Ihr Angestellter für Sie und Sie erfahren täglich alles das, was in Ihrem Betriebe passiert. Die Unkosten, die für Sie entstehen, sind verhältnismäßig gering. Die Erfolge, die wir bei den angesehensten Firmen erzielt haben, sind derartig, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse nach einem Versuch ständig von unserer Einrichtung Gebrauch machen werden. Sie sind durch zahlreiche Anerkennungs-schreiben belegt, welche letztere wir Ihnen auf Wunsch gern im Original vorlegen.

Wenn Ihnen ein unverbindlicher Besuch genehm ist, so bitten wir um Nachricht.

Mit vorzüglicher Hochachtung Deutsche Pinkerton-Gesellschaft m. b. H. Gerhard.

Gegen die Zotenreißerei!

Man sollte es nicht für möglich halten, doch es ist wahr: die jugendliche Arbeiterschaft muß sich die Zotenreißerei der erwachsenen Arbeiter erbitten. Auf einer Tagung der Arbeiter-Jugendvereine des Bezirks Hesse-Nassau wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Unsere Arbeiterjugendorganisationen erstreben eine Erziehung in Reinheit und Schönheit. Was aber nützt uns alles gute Wollen, wenn wir in den Betrieben oft rohen Späßen, unfittlichen Gesprächen älterer Arbeitskollegen ausgesetzt werden.

Diese Entschließung muß allen, die sich nicht ganz frei fühlen von dem Vorwurf, schon zur sittlichen Verrohung der Jugend beigetragen zu haben, die Schamröte ins Gesicht treiben, nicht allein wegen ihrer Verfehlungen an sich, sondern auch, weil ihnen erst von der Jugend, zu deren Erziehung sie beitragen sollen, gesagt werden muß, wie unerzogen, ja wie ungezogen sie selber noch sind.

Aus den Gewerkschaften.

Der gewerkschaftliche Zusammenschluß in Australien.

(IGB.) Trotz vieler Versuche ist es den australischen Gewerkschaften erst in letzter Zeit gelungen, die Grundlagen für eine Organisation zu schaffen, die sich zu einer wirklich schlagfertigen Einheit zusammenschließen soll.

Auf diese Weise wurde die Grundlage für die Errichtung eines einzigen großen Verbandes geschaffen. Die mächtige australische „Workers Union“, die bereits früher in dieser Richtung tätig und, wenn auch in beschränktem Maße selbst nach Industrien organisiert war, veranstaltete denn auch unmittelbar nach Beendigung des Allaustralischen Gewerkschaftskongresses im Zusammenhang mit den oben erwähnten Beschlüssen eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern, durch welche der Wunsch nach einem großen, nationalen Verband bekräftigt wurde.

Die neue Organisation soll „Australasian Workers Union“ heißen und der Zahl der in ihr vertretenen Industrien zufolge sechs Industriegruppen umfassen. Diese Industriegruppen sind: 1. Landwirtschaft, 2. Bauwesen; 3. Transportwesen; 4. Fabriken; 5. Bergbau; 6. Deffentliche Betriebe und Anlagen.

Die „Australasian Workers Union“ arbeitet nach den von Allaustralischen Gewerkschaftskongress in Melbourne angenommenen und vom Kongress der Australischen Arbeiterpartei in Brisbane bestätigten Grundrissen und Richtlinien. Es ist bemerkenswert, daß diese neue Organisation innerhalb (und nicht außerhalb) der Reihen der offiziellen Gewerkschaftsbewegung gebildet worden ist.

Ein beachtenswerter Tarifvertrag.

Die Gewerkschaft der amerikanischen Bekleidungsarbeiter (Amalgamated Clothing Workers of America), die erfolgreichste Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten, hat vor kurzem in Chicago und in Rochester mit dem Unternehmerverband einen Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen.

Soziale Rundschau.

Kinder-Schwindsucht.

Es starben in Deutschland an Tuberkulose von 10 000 Lebenden derselben Altersklasse in den Jahren 1914—1918:

Altersklasse	1914		1917		1918	
	Anaben	Mädchen	Anaben	Mädchen	Anaben	Mädchen
1 bis 2 Jahre	12,69	11,76	19,24	17,72	19,56	18,49
2 bis 3 "	7,22	7,17	14,73	15,54	18,99	13,41
3 bis 5 "	4,81	5,29	8,87	9,24	9,85	11,04
5 bis 10 "	3,97	4,42	5,94	7,70	6,22	8,40

Das ist das Ergebnis der Unterernährung in den Kriegsjahren. In den beiden höchsten Jahresklassen ist die Sterblichkeit der Mädchen erheblich größer als die der Knaben. Die fürchterliche Volkssehnsucht dezimiert den Volksbestand unausgeseht. Sie sucht sich ihre Opfer bei Kindern und Erwachsenen. Welches Resultat der Kindersterblichkeit wird sich ergeben durch eine statistische Erhebung über die Wirkungen der schamlos wucherischen Aushungerung des Volkes in der Nachkriegszeit? M. S.

Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung in Belgien.

(IGB.) Der Ministerrat beschloß in seiner Sitzung vom 8. Juni, die aus dem nationalen Krisenfonds gewährte Arbeitslosenunterstützung ab 3. Juli folgendermaßen herabzusetzen:

Familienväter, die bisher 5 Frank Unterstützung bezogen, erhalten künftig nur 4 Frank; Unverheiratete statt 4 nunmehr 3 Frank. Der Zuschlag pro Haushalt ging von 1,50 auf 1 Frank zurück.

Weiter wurde beschlossen, das Maximum der Gesamtunterstützung pro Haushalt auf 10 Frank festzusetzen. Bisher hatte der Minister bei seinen Verfügungen hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung jeweils den Verwaltungsrat des Krisenfonds zu Rate gezogen.

Das Nationalkomitee der belgischen Gewerkschaftskommission hat sich in seiner Sitzung vom 13. Juni mit Maßnahmen beschäftigt, um sich der Entscheidung des Ministerrates zu widersetzen. Auch soll außer der unter den organisierten Arbeitern zu diesem Zwecke eingeleiteten energiegelassen Kampagne in der Kammer von der sozialistischen Fraktion eine Interpellation eingebracht werden.

Belgien besitzt keine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung. Der nationale Krisenfonds bildet sozusagen eine Ergänzung zu dem vom Staat sowie von den Gemeinden unterstützten Arbeitsloseneinrichtung der Gewerkschaften. Unterstützungen aus dem offiziellen Fonds werden denn auch erst gewährt, wenn die Arbeitslosen auf die gewerkschaftliche Unterstützung keinen Anspruch mehr haben oder aber diese Rassen erschöpft sind.

Auf Grund der in Kraft befindlichen ministeriellen Verordnung können Unterstützungen aus dem Krisenfonds nur an Arbeitslose gewährt werden, die sich in Not befinden. Ein ministerielles Dekret legt nach Einholung der diesbezüglichen Ansichten des Verwaltungsrates des Krisenfonds, der Permanenten Kommission der anerkannten Berufsorganisationen, der paritätischen Arbeitsbörsen und der Fürsorgekassen für unverheiratete Arbeitslosigkeit, fest, unter welchen Umständen man von einer Rottlage sprechen kann.

Genossenschaftliches.

Gewerkschaften und genossenschaftlicher Baubetrieb in Holland.

(IGB.) Schon vor dem Krieg bestanden in Holland verschiedene Bauarbeiter-Produktivgenossenschaften. Ihre Anzahl ist namentlich während der letzten Kriegsjahre angewachsen.

Im Gegensatz zu den deutschen „Bauhütten“, die in den Verband sozialer Baubetriebe miteinander zusammengeschlossen sind und mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Bauarbeiter zusammenarbeiten, sind die holländischen Baugenossenschaften national nicht miteinander verbunden, und auch mit den Gewerkschaften besteht keinerlei Verbindung.

Der Kongress der holländischen Bauarbeitergenossenschaften, der am 3. Juli in Amsterdam stattfand, war ein erster Schritt, um hierin eine Aenderung zu bringen. An den Beratungen nahmen Vertreter der syndikalistischen und freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsbewegung teil. Mit Rücksicht auf die drohende Krise im Baugewerbe und die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der unabhängig voneinander arbeitenden Baugruppen wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften in erster Linie berufen seien, die Situation der Baugruppen zu stärken. Auch in internationaler Hinsicht soll zusammengearbeitet werden, um die Angriffe des Privatekapitals wirksamer abzuwehren zu können.

Es wurde schließlich eine Entschließung angenommen, worin der Kongress erklärt, daß die Frage der genossenschaftlichen Baubetriebe eine lokale, nationale und sogar internationale Lösung erfordere und hierfür die Mitwirkung der Gewerkschaftsorganisationen nötig ist, da diese auch bei einer Aenderung des herrschenden Produktionssystems ihre historische Aufgabe zu erfüllen haben werden.

Der aus Vertretern der Baugruppen und der syndikalistischen wie freigewerkschaftlichen Gewerkschaften zusammengesetzte provisorische Vorstand wird sich zum Zwecke der weiteren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und eventuell anderen dafür in Betracht kommenden Organisationen in Verbindung setzen. Er wird auch für eine finanzielle Fundierung zu sorgen haben, um die Existenz und Entwicklung der sozialen Baubetriebe zu fördern. Schließlich sollen auch Statuten für die Errichtung eines alle Gruppen umfassenden Landesverbandes ausgearbeitet werden.

Berichte aus Fachreisen.

Essen (Ruhr). Von unserm Informationsbureau werden monatliche Berichte über die Geschäftslage in der Textilindustrie herausgegeben. Leider finden diese Berichte in den Kollegenreisen nicht die Beachtung, die sie verdienen; es müßte eine weit regere Beteiligung an der Berichterstattung zu verzeichnen sein. Ueber die Geschäftslage in den Schönfärbereien und chemischen Waschanstalten sind es nur einige Filialen, die berichten. Es ist unbedingt notwendig, daß die Kollegen über die Geschäftslage dieser Branche eingehend berichten, damit mal Klarheit geschaffen wird über die Geschäftslage in den Schönfärbereien und chemischen Reinigungsanstalten. Bei Tarifverhandlungen klagen die Unternehmer über schlechten Geschäftsgang, andererseits ist wiederholt festgestellt, daß Ueberstunden gemacht werden. Die Kollegen müssen mehr Energie aufbringen, keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um für unsern Verband zu agitieren, damit auch in unserer Branche bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Essen (Ruhr). Wenn man den Arbeitsmarkt der „Deutschen Färberzeitung“ beobachtet, kann man feststellen, daß in jedem Jahr vor der Frühjahrsaison gewisse Firmen Personal in dauernde Stellung suchen. Wenn die Herbstaison beginnt, suchen dieselben Firmen wieder Personal in dauernde Stellung. Diese dauernde Stellung ist in den meisten Fällen auch mit der Saison zu Ende. Lohnunterschieden, mangelhafte Betriebsrichtung und Arbeitsmangel sind meistens die Gründe. Die Kollegen werden gut tun und sich diese Firmen merken. Ein besonders starker Stellungswechsel ist im Industriegebiet zu verzeichnen. Seit Anfang dieses Jahres sind es besonders Firmen in Duisburg-Bann, Cresfeld, Witten a. d. R., Gelsenkirchen und Dortmund, die fast jeden Monat in der Färberzeitung Färbermeister, Färber, Defateure und Wäscher suchen. Anfragen bei den betreffenden Firmen haben ergeben, daß das Lohnangebot, das sie machen, nicht den heutigen Verhältnissen entspricht. In allen Fällen wollen sich die Kollegen, bevor sie im Industriegebiet Stellung annehmen, Information bei dem Bevollmächtigten des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Essen-Brebene, Talbogen 3, einholen. Gleichfalls, wer nach Rißbüchel (Nord-Tirol) in Stellung gehen oder als Teilnehmer eintreten will. Anfragen ist Rückporto beizulegen.

Viefen. Gegen das Mitglied Nr. 1006739, Ernst Morsch, Weber, hatte der Filialvorstand in seiner Sitzung vom 12. Juni einstimmig beschlossen, das Ausschlussverfahren einzuleiten. Es ist entsprechend dem Statut verfahren worden. Das Feststellungsgericht hat festgestellt, daß Morsch absichtlich und bewußt den Verband geschädigt hat. Das Schiedsgericht hat Morsch einstimmig nach § 4 Absatz d aus dem Verband ausgeschlossen.

Züllschau. In der am 1. Juli d. J. hier abgehaltenen Mitgliederversammlung stand der Kampf um die 46stündige Arbeitswoche auf der Tagesordnung. Das Referat hielt Kollege Heinrich Korn aus Landsberg a. d. W. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrage führte er uns so recht die Not der Textilarbeiter vor dem Kriege bis zum Ausbruch der Revolution vor Augen. Die Revolution brachte uns auch den 46stündigen Tag und den freien Sonnabendnachmittag resp. die 46-Stunden-Arbeitswoche. Die Unternehmer wollen uns diese Errungenschaften nehmen. Wir stehen deshalb in der Textilindustrie vor recht ernstern Kämpfen. Die Unternehmer drängen uns diese Kämpfe auf, und die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Textilbranche müssen diesen Kampf restlos durchführen. Dazu gehört aber Munition (Geldmittel). Und Korn er-

mahnte die Mitglieder, den doppelten Beitrag (2 Stundenlöhne) zu zahlen, was hier in einer vorhergegangenen Versammlung einstimmig beschlossen worden war.

Unser täglich Brot.

An deinem Brot für fünfzehn Mark und achtzig hängt, wenn du hinsiehst, allerlei — Der Landmann läßt sich neue Ställe bauen, behängt mit Pelz und Perlen seine Frauen; er zählt das Geld nicht mehr — er muß es wiegen — wo soll er nur den Krempel unterliegen? Im Flusse treibt ein neues Segelboot — von deinem Brot.

Die Mühlen mahlen. Unternehmer grinsen. Die Werte tragen unerhörte Zinsen. Kein Käufer streift. Er kann und muß es tragen. In den Garagen summen neue Wagen, weil man die besten Dividenden bot von deinem Brot.

Der Bäcker backt. Die Löhne steigen munter, doch vom Gewinne geht kein Pfennig runter. Die Menschen leben vom Gehalte in den Mund. Der Bäcker backt. Und macht sich sehr gesund. Er ist der Preisefönig, der Despot — von deinem Brot.

So geht der Kreis: kein Landbetrieb geniert sich. Die Industrie hingegen revanchiert sich. Wer hat, der hat. Nun seht Ihr andern zu. Sie teilen sich. Wer unten liegt, bist du. Sie klopfen auf die Waren ihres Bau's. Das ist noch drin. Und das muß noch heraus! Sie wollen alle leben, fett und reich: in Billen, Autos, teppichwarm und weich. Goldtaschen, Zobel und der Frauen Lippenrot — Das, Deutscher, ist dein Brot. (Theobald Tiger in der „Weltbühne“.)

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 30. Juli, ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Achtung! Stichtag ist Sonabend, der 29. Juli. An diesem Tage ist die graue Karte beiderseitig gewissenhaft auszufüllen, mit 1,50 M. zu frankieren und sofort an die Zentrale einzusenden.

Geschäftsführer gesucht! Für die Geschäftsstelle Mark-Lissa wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers um diese Stelle bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 10. August an den Verbandsvorstand, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. **Entf. Zeugnisse** wolle man nur in Abschrift beifügen. **Geld** bemißt sich nach den Beschlüssen des Beirats vom 12. bis 13. Juni 1922.

Das erste Dienstjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.
Gau Cappel. St. Andreasberg. V. Joseph Eichen, Krumme Str. 270.
Gau Barmen. Breyell. V. Johann Meis, Lobbericher Str. 27.
Gau Augsburg. Memmingen. V. Bis auf weiteres Xaver Hartmann, Baumstr. 8.
Gau Diegnitz. Freiburg i. Schl. V. Wendrich, Polsnitz bei Freiburg.

Ortsverwaltungen.
Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.
Marienberg i. Sa. Buch Nr. 888 637 für Gustav Schmidt, geb. 19. 11. 74 in Marienberg i. Sa.
Neumünster. Buch Nr. 798 613 für Otto Stüben, Weber, eingetreten am 9. 2. 1919 in Neumünster, ist angeblich verloren gegangen. Bei etwaigem Auftauchen ist dasselbe einzuziehen. In dem Buche liegt auch eine Reifelegitimation auf denselben Namen lautend, und darf auf

diese Unterstützung nicht ausbezahlt werden.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Berlin. Defateure. Jeden Freitag nachm. von 3 bis 4 Uhr, Stallfischerstr. 39: Zahlung. Kiel. Sonnabend, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Leobischitz. Sonnabend, 5. August, im Volkshaus, Coseler Str. 6.
Schlotheim. Dienstag, 8. August, im Ratskeller.
Breslau. Staderei- und Posamentenbranche. Donnerstag, 8. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Anna Beckner; Marie Hörtauf.
Barmen. Karl Bender; Karl Buchholz; Wilhelm Döringhaus; Ferdinand Fittig; Anna Hahn; Artur Homberg; Wilhelm Hurold; Eleonore Klös; Jakob Krieg; Hubert Leist; August Meyer; Ewald Moos; Heinrich Peil; Ferdinand Rabanus; Jakob Remy; Hugo Rochner; Willy Rehbad; Wilhelm Salzberger; Paul Spierer; Emil Sporkert; Ewald Theis; Ewald Theiß.
Berlin. Agnes Bunt; Luise Stante; Leopoldine Hilbig; Auguste Heider; Anna Stiefel.
Chemnitz. Emil Martin; Adolf Reimann; Ranny Frank; Auguste Elise Jakob; Frieda Elsa Neubert; Anna Marie Ködritz; Amalie Pauline Cube; Minna Anna Heße.
Guben. Elise Smarsin.
Hamburg-Altona. Marie Jonson.
Heidenheim a. Brenz. Michael Fejer.
Kusel. Helene Heß.
Landeshut-Bollenhain. Wilhelm Spata.
Landeshut-Liebau. Eduard Fiedler.
Landeshut. Eilfriede Kramer.
Leipzig. Kurt Pinkert.
Rheine i. W. Petrus Rudens; Lina Wedral.
Thalheim. Albert Pfüller, Meinersdorf i. Erzgeb.
Werda i. Sa. Gertrud Anna Chemmiger; Paula Seidl.
Wüstegiersdorf. Emilie Sommer; Emilie Fommer.
Wüstewallersdorf. Wenzel Schönwälder; Anna Menzel; Klara Hausdorf; August Hartmann.
Zwickau. Albert Otto Gläßer; Friedrich Leonhard; Hilma Dörner.
Ehre ihrem Andenten!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 28. Juli

Verlag: Karl Hüsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefel in Berlin, für alles andere Paul Waegner in Berlin. — Druck: Borwärt's-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter

Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-Arbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Uebersicht. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Juni 1922. — Von den Aktien-Gesellschaften der Textilindustrie. — Gewinne in der Textilindustrie. — Literatur.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Weder einmal liegen Wochen heftiger politischer Erregung hinter uns. Die Ermordung des Ministers Rathenau hat gezeigt, wie stark die reaktionären Einflüsse in Deutschland noch sind und daß es noch schwerer Arbeit bedarf, um den Bestand des republikanischen Staatswesens zu sichern. Für die Arbeiterklasse ist zwar die Republik nicht das Endziel, sondern sie will die Verwirklichung des Sozialismus; aber die Republik ist zweifellos die Grundlage, auf der der Kampf der Arbeiterklasse um ihre eigenen Forderungen am wirksamsten geführt werden kann. Darum war es ein Gebot der Stunde, daß das deutsche Proletariat sich wie ein Mann erhob und dem Monarchismus und dem Nationalismus, der hinter dem Ministermord stand, den schärfsten Kampf ansagte. Zum ersten Male seit langer Zeit trat die Arbeiterschaft aller Richtungen in geschlossener Front zusammen. Gemeinsame Kundgebungen wurden veranstaltet, die den Willen des Proletariats bezeugten, die Machtansprüche der alten Gewalttäter zurückzuweisen. Die Kommunistische Partei, die freilich nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft in ihrer Gefolgschaft hat, schied bald aus der Einheitsfront aus; sie hatte es von vornherein darauf angelegt, neue Verheugungen zwischen den Parteien zu schließen, statt auch an ihrem Teile dafür zu sorgen, daß endlich durch die Schaffung gegenseitigen Vertrauens und Verstehens die Gemeinsamkeit der Interessen in der Gemeinsamkeit der Handlungen zum Ausdruck komme. Aber das eine ist erreicht worden, und das wird von der ganzen Arbeiterklasse begrüßt werden: die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Spitzenorganisationen der Organisationen der Arbeiter und Angestellten und der Leitungen der beiden sozialdemokratischen Parteien. Selbstverständlich darf sich deren Tätigkeit nicht in der parlamentarischen Arbeit erschöpfen; sie muß ihren Rückhalt finden in den Massen der Arbeiter selbst, und dann wird es nicht lange mehr dauern, bis sich auch alle die Arbeiter dieser großen Kampfgenossenschaft angeschlossen haben werden, die jetzt noch verärgert oder irregeleitet beiseite stehen.

Die Verwirrung des politischen Lebens hat eine heftige Erschütterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands

zur Folge gehabt. Nicht lange nach dem Morde an Rathenau setzte ein neuer Sturz der deutschen Mark ein, die Unsicherheit auf allen Gebieten der Wirtschaft nahm überhand. Freilich haben auch noch andere Ursachen mitgewirkt, um die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands aufs neue zu verschlechtern. Eine der wesentlichen Ursachen entspringt aus der Tatsache, daß das Reich seinen Rohlenbedarf nicht mehr selbst befriedigen kann und zur Einfuhr großer Mengen Brennmaterials gezwungen ist. Nicht nur die Industrie kauft Kohlen aus England, auch die Regierung hat den Winterbedarf für die Eisenbahnen zu einem erheblichen Teil in England gedeckt, und dessen Bezahlung erfordert eine Ausgabe von mehreren Milliarden Mark. Dazu kommt die unausgesetzte sich steigernde Vermehrung des Papiergeldumlaufs sowie der unaufhörliche Zwang zum Ankauf fremder Devisen für die Zwecke der Reparation. Der Staatshaushalt ebenso wie große Betriebe des Reichs weisen fortlaufend große Defizite auf. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß immer wieder eine Periode scheinbarer Stabilität der deutschen Valuta abgelöst wird durch neue Kursstürze, die alle Berechnungen über den Hausen werfen.

Eigentümlich ist die Wirkung der neuen Währungskatastrophe auf die Privatwirtschaft. Die Industrie, die noch im Monat Juni sich ziemlich zurückhielt und in ihren Dispositionen überhaupt vorsichtig war, wurde von neuer Hoffnungslosigkeit befeuert. Jede Verschlechterung des Marktkurses bedeutet für sie eine Verringerung der Produktionskosten, allerdings zu Lasten der Arbeiterschaft, deren Reallohn zu gleicher Zeit sich senkt. Es wird berichtet, daß sehr große Aufträge hereingekommen werden konnten, die den maßgebenden Unternehmungen eine Beschäftigung bis weit über das Jahresende hinaus gewährleisten. Mit Rohstoffen scheint man sich genügend eingedeckt zu haben, und wo diese fehlen, da stehen Auslandsdevisen genug zur Verfügung, um die Ausführung der übernommenen Aufträge zu sichern. Ungünstiger dagegen wirkt die Markentwertung auf manche Kreise des Handels. Die Kapitalverflechtung, die sich schon im Frühjahr bemerkbar machte und die Ausdehnung des Geschäftsvielwachs hinderte, hat im Juli besonders scharfe Formen angenommen. Die Banken erklären übereinstimmend, daß sie nicht mehr in der Lage seien, den Kreditbedürfnissen ihrer Kunden Rechnung zu tragen. Das hat nicht nur zur Einschränkung der Umsatzmöglichkeiten an Waren geführt, das wirkte auch hemmend auf die Börsenspekulation ein.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hängt aber eng zusammen mit der

Gestaltung der außenpolitischen Situation.

Wohl hat der neue Marksturz in den finanztechnisch geschulten Kreisen der Entente die Einsicht verstärkt, daß endlich ein entscheidender Schritt getan werden mußte, um die Frage der Reparationen so zu regeln, daß die deutsche Wirtschaft nicht daran zugrunde geht. In enger Verbindung damit steht auch der Wiederaufbau in Rußland, ohne den eine Gesundung Europas nicht möglich ist. In beiden Fragen ist aber noch immer nichts geschehen. Die Konferenz im Haag dürfte ergebnislos verlaufen; auch die Beratungen der Reparationskommission in Paris haben bisher keine befriedigende Entscheidung gebracht. Der englische Einfluß hat allerdings schon so gewirkt, daß außer Frankreich sich alle Alliierten der Auffassung angeschlossen, Deutschland müsse zur Erfüllung der Reparationen, zur Wiedererrichtung seines Gleichgewichts im Staatshaushalt und zur Sanierung seiner Währung eine gewisse Reizezeit gelassen werden. Man hört auch bereits davon, daß Deutschland ein Zahlungsaufschub von mehreren Jahren gewährt werden und daß jetzt endlich die internationale Anleihe zustande kommen würde. Aber die Bedingungen, die sich hieran knüpfen sollen, bedeuten eine so starke Belastung der staatlichen Stellung der deutschen Republik, daß es voraussichtlich noch geraume Zeit und schwerer politischer Kämpfe bedarf, bis diese Projekte zur Wirklichkeit werden.

Raum eine zweite Industrie spiegelt das deutsche Wirtschaftsleben so wieder, wie

die Textilindustrie.

Ihre Rohstoffbasis hat sie im Auslande, und auch ihre Absatzmöglichkeiten sucht sie in immer stärkerem Maße außerhalb der deutschen Grenzen. So ist die deutsche Textilindustrie abhängig nicht nur von der Gestaltung der innerwirtschaftlichen Verhältnisse, sondern zurzeit in noch viel höherem Maße von der Lage auf dem Weltmarkt und von dem Stande der deutschen Valuta. In den letztvergangenen Wochen hat sich das besonders deutlich gezeigt. Am 1. Juni stand der Kurs des amerikanischen Dollars an der Berliner Börse auf 272,15, Baumwolle wurde in Bremen an diesem Tage mit 136,50 Mk. das Kilo notiert. Ende Juni wurde der Dollar mit 350,06 Mk. und die Baumwolle mit 189,90 Mk. notiert. Am 8. Juli, also zur Zeit des höchsten Dollarkurses, war auch der Baumwollpreis am höchsten, nämlich 295 Mk. das Kilo. Seitdem ist die Dollarnotierung unter beständigen Schwankungen etwas zurückgegangen, die Baumwolle ist ihr getreulich gefolgt. Die Abhängigkeit der Baumwolle erstreckt sich aber auch auf den Weltmarktpreis. Bis zum April kostete die Baumwolle in Amerika 18 Cents, seitdem ist dort der Preis ununterbrochen gestiegen, er steht zurzeit auf etwa 22,50 Cents. Es wird berichtet, daß die Ernteaussichten in Amerika nicht besonders günstig seien, eine verringerte Ernte würde aber ein weiteres Steigen der Baumwollpreise im Ursprungslande zur Folge haben, und bei weiterer Verschlechterung der deutschen Valuta eine sprunghaft sich fortsetzende Verteuerung aller Textilien in Deutschland. Mit diesen Aussichten muß gerechnet werden, wenn es nicht bald gelingt, den Papiergeldumlauf einzudämmen, die deutsche Währung zu stabilisieren und den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Abhängigkeit der Textilindustrie vom Weltmarkt zwingt die Unternehmer zur besonderen Pflege der internationalen Interessen. Mitte Juni tagte in Stockholm der 11. Internationale Baumwollkongress, auf dem die Spinnereien und Webereien aller wichtigen Länder vertreten waren, diesmal allerdings mit Ausnahme von Amerika. Einen besonderen Raum nahmen die Verhandlungen über

Arbeitszeit in der Baumwollindustrie

ein. Die deutschen Textilarbeiter, die jetzt einen Kampf um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche führen, wird es interessieren zu erfahren, daß die Internationale der Textilunternehmer selbst noch die 48-Stunden-Woche zu kurz findet und diese abzubauen möchte. Man hatte sich mehrere Gutachten aus England, Frankreich und Italien anfertigen lassen, in denen behauptet wurde, daß seit der Beschränkung der Arbeitszeit die Stundenquote der Produktion zurückgegangen sei. In England sei die Arbeitszeit vor drei Jahren auf 48 Stunden die Woche eingeschränkt, also um 13 1/2 Prozent verkürzt worden. Durch diese Verkürzung habe aber die Produktion in den Spinnereien eine Einbuße von 17 1/2 Prozent erlitten, also viel mehr, als die Arbeitszeit eingeschränkt worden sei. Ob diese Angaben der Unternehmer mit den Tatsachen übereinstimmen, kann hier nicht nachgeprüft werden. Es stehen ihnen andere ältere Gutachten gegenüber, nach denen sich gerade infolge der Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung um wesentliches gehoben hat. Worauf es aber den Unternehmern ankommt, das geht aus einer anderen Stelle der englischen Gutachten hervor. Um das Quantum zu erzeugen, das infolge der verkürzten Arbeitszeit weniger produziert werden konnte, mußten in Lancashire allein 8 805 450 Spindeln neu angeschafft werden. Da die Anschaffung einer Spindel ungefähr 4 Pfund Sterling kostet, würde eine Ausgabe von 35 221 800 Pfund Sterling notwendig sein, und der Betrieb würde wöchentlich über 70 000 Pfund Sterling an Löhnen mehr erfordern. Dann erst würde es den englischen Baumwollindustriellen möglich sein, das Quantum an fertiger Ware herzustellen, das sie vor dem Kriege geliefert haben. Es handelt sich also hier, wie man sieht, darum, wer die Kosten für die Vermehrung der Produktion tragen soll: ob die Unternehmer durch Verbesserung und Vergrößerung der Produktionstechnik, oder die Arbeiter durch vermehrte Arbeitszeit, bei selbstverständlich geringerem Lohn. Für Deutschland liegen die Verhältnisse noch insofern klarer, als die Unternehmer seit Jahren schon die Verbesserung der Produktionstechnik vernachlässigt und die hohen Gewinne fast ausschließlich durch Niedrighaltung des Arbeitslohnes, verglichen mit dem Weltmarktlöhne, erzielt haben. Die Arbeiter werden also, vor die Frage gestellt, ob sie durch Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses oder die Unternehmer durch Verbesserung der Produktionstechnik für die Steigerung der Produktion sorgen sollen, nur die eine Antwort haben können: entschlossene Abwehr aller Angriffe auf die bisherige Arbeitszeit.

In der deutschen Textilindustrie

hat der Beschäftigungsgrad durch den neuen Sturz der deutschen Währung einen frischen Antrieb erhalten. So weit im Juni mit Rücksicht auf die unsicheren Aussichten im Herbst und Winter noch Zurückhaltung bei Erteilung und Entgegennahme von Aufträgen geübt wurde, ist diese jetzt vollständig geschwunden. Es herrscht wieder überall Haussestimung, die auch die Wollindustrie ergriffen hat, wo nach einem einige Wochen lang währenddem Kampfe zwischen Fabrikanten und Händlern wieder Frieden eingetreten ist. In den Industrieorten drängen sich wieder die Engroskäufer, die Läger sind überall geräumt, einige Industrien, wie besonders die Trikotfabriken und Strumpfwirkerieen, nehmen bis weit ins nächste Jahr hinein keine neuen Aufträge mehr an. Die Inlandspreise für alle Textilwaren haben eine solche Höhe erreicht, daß eine wesentliche Einschränkung des Konsums erwartet werden muß. Es ist daher anzunehmen, daß die nächste Konjunkturperiode sich weniger im Inlandsabsatz, als im Export zeigen wird, trotz aller Behauptungen von interessierter Seite, daß die Preise für deutsche Textilwaren bereits Weltmarkthöhe erreicht, sie sogar zum Teil schon überschritten hätten.

Aus einem der wichtigsten Fabrikbezirke wird über den Geschäftsgang folgendes berichtet: Bei den niederrheinischen Webereien liegen in fast allen Zweigen Aufträge bis zum Ende des Jahres vor. Die Kleiderfabriken haben noch viele Abschlüsse vorgenommen. In den Webereien für Herrenstoffe gehen trotz der späten Saison noch so viele Bestellungen ein, daß die Betriebe voll arbeiten können. Die färbische-türingische Industrie hat noch bis weit ins

vierte Quartal hinein Aufträge vorliegen. Eine wirkliche Pause wird für die Webereien während der Hochsommermonate nicht erwartet. In der vogtländischen Textilindustrie ist die Lage verschieden. Die Spitzen- und Stidereiindustrie muß sich immer wieder auf neue Moderrichtungen einstellen, was das Geschäft erschwert. Die Wäschefabrikerie hat guten Absatz. In der Tapissiererei herrscht starke Nachfrage, die Gardinenindustrie ist reichlich beschäftigt. In den Wollstofffabriken der Niederlausitz liegen Bestellungen bis über den Jahreschluß hinaus vor.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die Aussichten für die nächste Zeit, soweit es sich um die Beschäftigung der Fabriken handelt, recht günstig beurteilt werden. Auch die Jahresberichte der Aktiengesellschaften lassen erkennen, daß die Unternehmer auch für die kommende Zeit mit guten Gewinnaussichten rechnen. Anders dagegen liegt es bei den Arbeitern. Die Teuerung hat bereits jetzt einen so hohen Grad erreicht, daß selbst die bisher besten Löhne zur Deckung des Haushalts bei weitem nicht mehr ausreichen. Die neue Verschlechterung der deutschen Mark wird aber ein weiteres Anwachsen der Teuerungswelle zur Folge haben. Die Arbeiter werden also alles aufbieten müssen, um in der nächsten Zeit nicht nur die Angriffe auf die Arbeitszeit abzuwehren, sondern auch für die Anpassung der Löhne an die Steigerung der Kosten für den Lebenshaushalt Sorge zu tragen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Juni 1922.

Nach dem Ergebnis der Junizählung hat die Zahl der Arbeitslosen im Verband etwas abgenommen.

Als arbeitslos wurden gemeldet: 451 männliche und 1014 weibliche Mitglieder, zusammen 1465. Im Vormonat betrug die Gesamtzahl arbeitsloser Verbandsmitglieder 1995, und zwar 621 männliche und 1374 weibliche, mithin im Juni 170 männliche und 366 weibliche, zusammen 530 arbeitslose Mitglieder weniger.

Die Gesamtarbeitslosigkeit im Verbandsgebiet in Prozenten ausgedrückt beträgt 0,21 Proz., im Mai 0,3 Proz.

Die Berichterstattung betrug für Juni 97,4 Proz., im Vormonat 95,2 Proz., mithin ist eine Zunahme von 2,2 Proz. zu verzeichnen. Von 371 bestehenden Filialen haben 35 mit 18 735 Mitgliedern = 2,6 Proz. nicht berichtet. Unter diesen befinden sich 4 von Geschäftsführern geleitete Filialen.

Der Verband hatte in diesem Monat eine Mitgliederzahl von 240 256 männlichen und 475 389 weiblichen, zusammen 715 645 Mitglieder zu verzeichnen, dem Mai gegenüber also eine Zunahme von 2590 männlichen und 9387 weiblichen, zusammen 11 977 Mitgliedern.

Kurzarbeit.

Gegen den Vormonat hat sich die Zahl der Kurzarbeiter etwas vergrößert.

Es arbeiteten im Juni verkürzt: 1173 männliche und 3315 weibliche, zusammen 4488 Mitglieder.

Im Mai hatte der Verband 748 männliche und 2034 weibliche, zusammen 2782 Kurzarbeiter, im Berichtsmonat also eine Zunahme von 425 männlichen und 1281 weiblichen, zusammen 1706 Kurzarbeitern.

Es arbeiteten verkürzt:

1—8 Stunden	79 Betriebe mit	577 männl.	u.	1607 weibl. Mitgl.
9—16 Stunden	22	313		568
17—24 Stunden	18	129		819
25 u. mehr Std.	18	154		321

Insgesamt waren also im Juni 4488 Kurzarbeiter im Verbandsgebiet zu verzeichnen. Das sind 0,6 Proz. der Gesamtmitgliedschaft.

Von den Aktien-Gesellschaften der Textilindustrie.

Bereinigte Glanzstoff-Fabriken Akt.-Ges. in Elberfeld. Die Verwaltung führt im Geschäftsbericht folgendes aus: Im abgelassenen Geschäftsjahr war die Nachfrage nach unseren verschiedenen Fabrikaten im Inlande ununterbrochen stark. Wir haben daher nicht nur nichts, trotz der verlodenden Auslandspreise, ausgeführt — von wenigen Kilo abgesehen —, sondern sogar die Wirkung kleinerer durch Störungen im Betriebe entstandener Ausfälle durch den Bezug von Glanzstoff aus dem Auslande zu mildern gesucht. Wir sind bestrebt, der steigenden Nachfrage durch fortgesetzte Vermehrung der Produktion zu begegnen und die Schwierigkeiten, welche in dem notwendigen Bezug ausländischer Rohmaterials liegen, im Interesse unserer Leistungsfähigkeit zu überwinden. Die auf Kunstseide umgestellte Fabrik in Sydswawa liefert bereits beachtenswerte Mengen. Unsere Preispolitik ist von jeher, auch seit dem Jahre 1914, die gleiche geblieben. Wir haben trotz der großen Erschwernisse und Verteuerungen in der Beschaffung von Rohstoffen und in der Fabrikation stets die billigsten Preise für unsere allgemein anerkannten Qualitäten bedungen und dadurch nicht allein eine wesentliche Erweiterung der Verwendung von Glanzstoff erreicht, sondern auch die deutschen Verarbeiter in den Stand gesetzt, mit ihren Fertigfabrikaten erfolgreich den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu bestehen. Die in der Generalversammlung vom 28. April 1921 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals um 30 Millionen Mk. ist beschlußgemäß durchgeführt. Es ist uns möglich gewesen, unsere Interessensverbindungen im Inlande und Auslande wieder zu erweitern. Am 20. Dezember 1921 wurde beschlossen, das Grundkapital um weitere 40 Millionen Mk. zu erhöhen. Die Durchführung und Berechnung treten erst im laufenden Geschäftsjahr in die Erscheinung. Es verbleibt einschließlich 4 725 945 Mk. Vortrag ein Reingewinn von 50 044 132 Mk., während im Vorjahre nach Dotierung des Erneuerungskontos mit 30 Millionen Mk. sich einschließlich 1 689 888 Mk. Vortrag ein Reingewinn von 42 977 350 Mk. ergab. Es werden 30 (20) Proz. Dividende auf die Stammaktien und 6 (6) Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt und 15 934 132 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen.

Bayerische Wolldecken-Fabrik Brudmühl Akt.-Ges. in München. Der Geschäftsbericht für 1921 enthält u. a. folgende Ausführungen: Während des ganzen verfloffenen Jahres herrschte nach unseren Fabrikaten eine lebhaftere Nachfrage, die nicht immer völlig befriedigt werden konnte. Die Preise der Rohmaterialien hatten im März ihren tiefsten Stand, stiegen aber von da ab mit dem Fallen unserer Mark stetig, im Oktober-November sogar sprunghaft, bis sie Ende November eine außerordentliche Höhe erreichten. Wollig unerwartet trat dann anfangs Dezember ein großer Umschwung ein, welcher manches Wolllager in wenigen Tagen um Millionen entwertete. Für das laufende Jahr sind wir vorläufig mit Aufträgen versehen. Die am 8. November 1921 beschlossene Erhöhung unseres Aktienkapitals um 1 Million wurde durchgeführt. Wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse die Bautätigkeit stören, so wird gegen Ende dieses Jahres die neue Wasserkraft, welche uns einen Zuwachs von 750 Pferdestärken bringen wird, in Betrieb genommen werden können. Im abgelassenen Geschäftsjahr ergibt sich nach Abzug der Generalaufkosten und Abrechnungen einschl. 177 835 Mk. Vortrag ein Reingewinn von 1 810 213 (812 835) Mk., aus dem

12 (12) Proz. Dividende und 15 (6) Proz. Bonus gezahlt und 158 690 Mf. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Weißdeutsche Jute-Spinnerei und Weberei zu Beuel bei Bonn. Dem Geschäftsbericht zufolge konnte die Gesellschaft ihren Betrieb im verfloßenen Berichtsjahr allmählich ausdehnen. Von Störungen blieb die Gesellschaft verschont. Die Kapitalerhöhung vom Dezember 1920 ist durchgeführt. Angesichts des noch immer steigenden Geldbedarfs wurde im Dezember 1921 nochmals eine Erhöhung des Stammkapitals um 3,5 Millionen Mf. beschlossen.

G. Feibisch Akt.-Ges. in Berlin. Nach dem Bericht des Vorstandes stellten die heftigen Schwankungen der Währung im vergangenen Jahre außerordentliche Anforderungen. Trotz der im Sommer eingetretenen Zurückhaltung gelang es, fortlaufend die Fabriken gut zu beschäftigen. Im Herbst fehlte infolge der weiteren Entwertung der Mark eine sehr lebhaft Nachfrage ein. Gleichzeitig hat die Gesellschaft für Erweiterung der Produktion Sorge getragen, so daß sie den im In- und Auslande gestellten Anforderungen besser nachkommen konnte.

Akt.-Ges. für Tricotweberei vorm. Gebr. Mann in Ludwigshafen a. Rh. Der Reingewinn des Unternehmens beträgt nach Abzug der Abschreibungen einschl. 80 104 Mf. Vortrag 396 728

(479 560) Mf., woraus 10 (7) Proz. Dividende und 10 Proz. Sondervergütung (wie i. B.) verteilt, 55 000 (50 000) Mf. der Sonderrücklage und 10 000 Mf. (wie i. B.) dem Wertausgleichungskonto überwiesen sowie 97 032 Mf. vorgetragen werden. Das Aktienkapital wird um 2,50 Millionen auf 3 Millionen Mf. erhöht. Daneben werden noch 200 00 Mf. auf Namen lautende Vorzugsaktien ausgegeben.

Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof in Hof. Die Nachfrage nach Garnen und Lächern war nach dem Bericht der Direktion während des ganzen Jahres rege, so daß die Produktion stets auf Monate hinaus verschlossen war. Der Reingewinn beträgt 13,03 (2,86) Millionen Mf., woraus 30 (22) Proz. Dividende und 150 (0) Mf. Sondervergütung je Aktie auf das verdoppelte Stammkapital und 6 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt werden. Zum Vortrag verbleiben 0,89 (0,74) Millionen Mf.

Lugauer Kammgarn-Spinnerei vorm. J. Hey, Akt.-Ges. zu Lugau. Trotz aller der ungünstigen Einwirkungen gelang es, den Betrieb voll zu beschäftigen. Keine Spindel ruhte und die Gesellschaft hatte Gelegenheit, auch ihre neu im Jahre 1920 aufgestellte Streichgarnspinnerei voll auszunutzen. Auch die neuen Erzeugnisse erfordern gute Aufnahme und steigende Nachfrage. Für mehrere Monate ist die Gesellschaft noch voll beschäftigt. Das Unternehmen erzielte nach Abzug der Abschreibungen und Unkosten einschl. Gewinnvortrag von 117 055 Mf. einen Reingewinn von 3 714 734 (3 954 901) Mf., woraus 15 Proz. (wie i. B.) Dividende und 10 Proz. Bonus verteilt und 136 708 Mf. vorgetragen werden.

Luchfabrik Wachen vorm. Süskind u. Sternau Akt.-Ges. in Wachen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen Mf. auf 8 Millionen Mf. Die neuen Aktien werden, wie bereits gemeldet, den alten Aktionären zu 300 Proz. von einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank in der Weise zum Bezuge angeboten, daß auf zwei

alte Aktien drei neue entfallen. Die Kapitalerhöhung dient zur Verstärkung der Betriebsmittel. Der Geschäftsgang im laufenden Geschäftsjahr wird als sehr günstig bezeichnet.

Gebrüder Großmann Akt.-Ges. in Brombach. In der außerordentlichen Generalversammlung, in der die beantragten Statutenänderungen einstimmig genehmigt wurden, wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Geschäftsgang in den abgelaufenen 8 Monaten des Geschäftsjahrs sehr lebhaft war, so daß bis April den Ansprüchen der Kundschaft bei weitem nicht genügt werden konnte. Der Umsatz wuchs von Monat zu Monat stark und stellt sich bisher auf das Mehrfache der entsprechenden Vorjahrszeit. Die Produktion ist für die nächsten 4-5 Monate ausverkauft, die Eindeckung in Garnen und Rohgeweben wurde rechtzeitig und zu vorteilhaften Preisen für den vorerwähnten Zeitraum hinaus vorgenommen. Sofern nicht unerwartete Ereignisse eintreten, kann mit einem befriedigenden Ergebnis für das laufende Jahr gerechnet werden.

Werggarnspinnerei Schäbler u. Co., A.-G. in Hainichen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 3,7 Millionen Mf. Stamm, und 300 000 Mf. Vorzugsaktien auf 4 Millionen Mf. Die neuen Mittel sollen zu ausgedehnten Erweiterungen des Unternehmens Verwendung finden.

Literatur.

„Für Industrieverbände“. Referat von Robert Dörmann, Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, gehalten auf dem 11. Deutschen Gewerkschaftskongress in Leipzig am 23. Juni 1922 (nebst der vom Kongress angenommenen Entschließung). Der Verkaufspreis der Broschüre beträgt 1,50 Mf., der Bezugspreis beim Verlag 1,30 Mf. Verlag „Volksrecht“, Frankfurt a. M., Große Friedberger Str. 32.

Gewinne in der Textilindustrie.

Aus dem Aprilbericht des Informationsbureaus. (Siehe Nr. 5 [21] vom 26. Mai).

Gewinntabelle der Textil-Aktiengesellschaften im Bereich des Gaues Dresden.

Table with 12 columns: Firma und Geschäftsjahr, Aktienkapital in Millionen Mark, Laut Bilanz ausgewiesener Reingewinn in Mf. and %, Ausbezahlte Dividende in Mf. and %, Tatsächlicher Reingewinn, soweit aus der Bilanz ersichtlich (i. leht. Geschäftsjahr (1921) in % z. Vortr.-J.), Firma und Geschäftsjahr, Aktienkapital in Millionen Mark, Laut Bilanz ausgewiesener Reingewinn in Mf. and %, Ausbezahlte Dividende in Mf. and %, Tatsächlicher Reingewinn, soweit aus der Bilanz ersichtlich (i. leht. Geschäftsjahr (1921) in % z. Vortr.-J.).